

Freihandel und Krieg

Wer am Antikriegstag zu einem Vortrag über den Freihandel einlädt, gerät zumindest in den Verdacht, den freien Handel als den Schlüssel zum Frieden, als die Hauptwaffe gegen den Krieg ins Feld führen zu wollen. Und in der Tat, der freie Handel ist nicht nur seit *Adam Smith* (1723-1790) die Leitidee der kapitalistischen Weltwirtschaft, sondern ist zum Fixstern unseres vielbeschworenen Wertekanons geworden. Er stützt sich auf eine Botschaft, deren Überzeugungskraft bis heute nicht verblasst ist, obwohl ihr ideologischer Charakter seit langem erkannt ist: Er sei das beste Instrument zur Förderung der Ökonomie und des Wohlstandes der am internationalen Handel beteiligten Staaten, und zwar auch der Schwachen.

Das ist grundfalsch, Freihandel fördert vor allem die starken Ökonomien. Denn die Staaten halten immer dann das Banner des Freihandels hoch, wenn ihre Produktion einen Stand erreicht hat, der die internationale Konkurrenz nicht mehr zu scheuen hat.

Erlaubt mir einige historische Anmerkungen. England hat z.B. erst nachdem die Überlegenheit seiner Industrie feststand, versucht, die Lehre des Freihandels in den internationalen Beziehungen durchzusetzen. Erst 1860 fielen die Zölle für den letzten Rohstoff Seide. Von dem US-Präsidenten *Ulysses S. Grant* ist die Feststellung überliefert:

"Für Jahrhunderte hat England auf Protektion gebaut, hat sie bis ins Extrem getrieben und befriedigende Ergebnisse damit erzielt. Es gibt keinen Zweifel, dass diesem System seine gegenwärtige Stärke zu danken ist. Nach zwei Jahrhunderten hat es England für günstig befunden, den Freihandel einzuführen, weil es meint, dass die Protektion nicht länger etwas zu bieten hat. Also gut, meine Herren, die Kenntnis meines Landes führt mich zu der Auffassung, dass Amerika innerhalb zweier Jahrhunderte, wenn es soviel wie möglich aus der Protektion herausgeholt hat, auch den Freihandel einführen wird."¹

Es sollte für die USA nicht mehr so lange dauern.

Das Prinzip des Freihandels hat ebenso wie das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung — basierend auf der berühmten Theorie *David Ricardos* (1772 – 1823) von den komparativen (Kosten-)Vorteilen² — vor allem den stärkeren Ökonomien gedient. Bereits das erste Beispiel, welches von den englischen Ökonomen als Beweis ihrer Theorie herangezogen wurde, die Handelsverträge zwischen England und Portugal im 17. Jahrhundert, entfachte bei genauerer Analyse Kritik an der Behauptung, dass diese Art der Arbeitsteilung für beide Partner gleich vorteilhaft sei. *Sandro Sideri* kommt zu dem Ergebnis, dass in Wirklichkeit

¹ Zit. nach Frank, A. G., *Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung*, Frankfurt, (1980), S. 117.

² Mit seinem berühmten "Zwei Länder (England/Portugal) – Zwei Güter (Tuch/Wein)"-Modell versuchte *Ricardo* in seinem 1817 erschienenen „*Principles of Political Economy and Taxation*“ nachzuweisen, dass der freie Handel zwischen den Ländern für beide vergleichsweise vorteilhaft sei, wenn jedes sich auf den Export der Güter spezialisiere, wo jeweils die Produktivität am höchsten und deren Abstand gegenüber dem anderen Land am größten ist.

dieser Typ des Austausches die Unterwerfung der portugiesischen unter die englische Ökonomie bewirkt habe:

"Die anglo-portugiesischen Handelsverträge von 1642, 1654, 1661 und schließlich 1703 (Vertrag von Methuen) etablierten und kodifizierten eine internationale Arbeitsteilung zwischen den beiden Ländern, die dem Gesetz vom komparativen Vorteil, das später von *Ricardo* aufgestellt wurde, weitgehend entsprach. Jedoch die negativen Auswirkungen dieser Art internationaler Arbeitsteilung auf Portugals Wirtschaft widerlegten *Smith's* Einschätzung, dass das Methuen- Abkommen "offensichtlich vorteilhaft für Portugal" war, und widerlegten *Ricardos* These, dass Außenhandel, der auf dem Gesetz vom komparativen Vorteil beruhe, für alle Handelspartner positiv sei... Eine solch ungünstige Wirkung auf die portugiesische Wirtschaft war hauptsächlich das Ergebnis des "Typus" internationaler Arbeitsteilung ('verarbeitete' gegen Primärgüter bzw. 'unverarbeitete' Güter gegen Fertigwaren), die Portugal, das am Ende des 17. Jahrhunderts Wein und Kleider herstellte, aufgezwungen wurde, weil das Land politisch und militärisch schwach war und zudem noch kolonialistische Ambitionen hatte. Das anglo-portugiesische Verhältnis, das sich aus dieser wirtschaftlichen Sachlage ergab, war eine Abhängigkeit Portugals von England ..."³

Die Effekte, die dem Freihandel und der internationalen Arbeitsteilung von *Smith* und *Ricardo* bis zu den Neoklassikern unterstellt werden, lassen sich vornehmlich für Nationalökonomien vergleichbarer Stärke und Produktivität erzielen, wo die Beherrschungsmöglichkeiten auf ein Minimum reduziert sind. Theoretisch wie auch praktisch war dies bereits seit *Friedrich List*, dem einflussreichsten Gegner der Freihandelsdoktrin, erwiesen, der die erzwungene Arbeitsteilung zwischen England und Portugal als eindeutige Ursache der portugiesischen Misere diagnostizierte und zu den Interessen an der Freihandelsdoktrin schon vor *Ulysses Grant* festgestellt hatte:

"Eine Nation wie die englische, deren Manufakturkraft einen weiten Vorsprung vor der aller anderen Nationen gewonnen hat, erhält und erweitert ihre Manufaktur- und Handelssuprematie am besten durch möglichst freien Handel. Bei ihr ist das kosmopolitische Prinzip und das politische ein und dasselbe. Hieraus erklärt sich die Vorliebe aufgeklärter englischer Staatsökonomien für die absolute Handelsfreiheit, und die Abneigung einsichtsvoller Staatsökonomien anderer Länder, dieses Prinzip unter den bestehenden Weltverhältnissen in Anwendung zu bringen."⁴

In den Industriestaaten ließen die großen Kriege dem Freihandel so gut wie keinen Raum mehr. Dem Völkerbund war es mit seiner ersten Wirtschaftskonferenz 1927 "Zur Bekämpfung des übersteigerten wirtschaftlichen Nationalismus" kaum gelungen, die Liberalisierung gegen den Kriegsprotektionismus bei den Staaten durchzusetzen, die ihre kriegsgeschwächten Volkswirtschaften wieder aufbauen wollten. Schon 1929 sorgte die beginnende Weltwirtschaftskrise für die erneute Konjunktur des Protektionismus — mit dem die Freihändler leben können und auf den sie auch immer wieder zurückgreifen, sofern er nur die

³ Sideri, S., *Trade and Power, Informal Colonialism in Anglo-Portuguese Relations*, Rotterdam, 1970, in der deutschen Übersetzung bei Frank, A. G., (1980), S. 115 ff.

⁴ List, F., (1844/1959), *Das nationale System der politischen Ökonomie*, Basel S. 45 f.

eigene Industrie schützt. Der Protektionismus verstärkte sich unaufhaltsam bis in die Jahre des 2. Weltkrieges.

Allerdings wurde noch während des Krieges insbes. in den USA der Ruf nach dem Freihandel wieder laut. Die Atlantik-Charta von 36 Staaten der Anti-*Hitler*- Koalition im Jahre 1941 formulierte dabei auch für die schwachen Staaten durchaus verheißungsvoll

"allen Staaten, ob klein oder groß, ob Sieger oder Besiegte, unter gleichen Bedingungen den Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt zu gewähren, die für ihren wirtschaftlichen Wohlstand erforderlich sind".

Doch verkehrte sich die Verheißung in dem Maße in eine Bedrohung, wie die USA die Organisation des Prinzips in ihre Hände nahmen. Sie waren als absolut führende Wirtschaftsmacht in der Welt aus dem Krieg herausgekommen. Ihre auf hohen Touren produzierende Industrie brauchte nach Kriegsende Absatzmärkte, die sich nicht vor dem amerikanischen Export abschirmten. Und so traten die USA auf der ersten, 1946 vom Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) einberufenen Konferenz über Handel und Beschäftigung - zunächst in London und Genf, anschließend in Havanna - als die stärksten Interessenten des Freihandels und der Meistbegünstigung auf. Letztere, in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen inzwischen zum Standard gewordene Vertragsklausel, besagt, dass die Vertragspartner⁵ jene Rechte, die sie dritten Staaten gewährt haben oder noch gewähren werden, auch den anderen Mitgliedern der WTO einräumen. Die Klausel ist ein Diskriminierungsverbot, zugleich aber auch ein juristisches Instrument, um alle bilateral ausgehandelten Vorteile automatisch zu verallgemeinern und im Effekt die Märkte derjenigen Länder zu öffnen, die sich ihr unterwerfen. Eine erste Untersuchung der „Kommission für Internationales Recht“ im Jahre 1969 ergab, dass die zahlreichen Verträge mit Meistbegünstigungsklausel wie Hebel für die prosperierenden Staaten wirken, die nahen und fernen Märkte zu öffnen und zu erobern.⁶

Die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas forderten Übergangsfristen und Sonderregelungen zum Schutz ihrer schwachen Volkswirtschaften, und auch die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Staaten Europas hielten Fragen des Wiederaufbaus und der Beschäftigung für dringender. Dementsprechend enthielt das Vertragswerk der UNO-Konferenz, die am 24. März 1948 unterzeichnete sog. Havanna-Charta, Kapitel zu den Bereichen Entwicklung und Wiederaufbau, Vollbeschäftigung, Rohstoffabkommen, Missbrauch durch Kartelle wie auch Freihandel und Meistbegünstigung. Ferner sah die Charta die Gründung einer Spezialorganisation, der „International Trade Organization“ (ITO) vor.⁷

Vor der Unterzeichnung war es den USA allerdings schon gelungen, die Ergebnisse der separat geführten Zollverhandlungen mit den in der Charta geplanten Freihandelsvorschriften

⁵ Seit 1995 ist „Vertragspartner“ im Sinne des GATT ein Mitglied der WTO, Ziff. 2 a) GATT 1994.

⁶ Ustor, Endre, *Développement progressif du Droit International: un nouveau Programme de l'ONU*, 1967), S. 163 ff. Dieser Befund ist in den fünf weiteren Berichten der Jahre 1970-1975 bestätigt worden.

⁷ Vertragstext in: *International Law Quarterly* 2, 1948, S. 283 ff. Von den 56 anwesenden Staaten, unterzeichneten 53. Argentinien, Polen und die Türkei verweigerten ihre Unterschrift. Die UdSSR hatte eine Teilnahme abgelehnt.

zusammenzufassen und gleichsam als Übergangsregelung bis zum Inkrafttreten der Charta unter der Bezeichnung "General Agreement on Tariffs and Trade" (GATT) vorläufig am 1. Januar 1948 wirksam werden zu lassen.⁸ (Achtung CETA!) Gleichzeitig hatten die USA den Wiederaufbau Westeuropas mit der Verkündung des *Marshall-Planes* am 5. Juni 1947 in die eigenen Hände genommen, der ihnen einen aufnahmefähigen Markt garantierte. Damit war das amerikanische Interesse an den übrigen Regelungen der Havanna-Charta erschöpft. Sie verweigerte die Ratifizierung, und mangels genügender Anzahl von Ratifikationen (nur zwei von 27 notwendigen) trat die Charta mit der Satzung der ITO niemals in Kraft. Es blieb bei dem GATT, das 4/5 des Welthandels mit seinen Regeln erfasst und das wirtschaftspolitische Freihandelscredo der stärksten kapitalistischen Industriestaaten widerspiegelt.

Das heißt, dass das GATT in seiner ordnungspolitischen Struktur trotz der zahlreichen Ausnahmen vornehmlich den Handelsinteressen der stärksten Industriestaaten dient: Ausdehnung des internationalen Handels und volle Ausschöpfung der weltweiten Ressourcen, wie es in Art. 1 GATT heißt. Es stellt den Staaten dafür einen relativ flexiblen Rahmen zwischen Freihandel und Protektionismus zur Verfügung. Die meisten Entwicklungsländer konnten allerdings an diesem System nie mit Gewinn teilnehmen. Ihr Anteil am Welthandel — 1950 noch ca. 31 % — sank ständig (1960: 21 %, 1987: 16 %) und bewegte sich um die Jahrtausendwende bei etwa 10 %. Demgegenüber konzentriert sich der Welthandel auf die Industriestaaten, die Mitglied in der OECD sind, sowie einige Schwellenländer, die seit den siebziger Jahren zu neuen Industriestaaten aufgestiegen sind. Die Exporte aus Afrika betragen jetzt nur noch 2% der Weltexporte und werden zur Hälfte von drei Ländern getätigt: Südafrika, Algerien und Nigeria. Der Anteil am Welthandel ist auf 3.1 % gesunken.⁹

Dieses so segensreiche System für die hochentwickelten Industriestaaten soll nun weiter optimiert und weltweit – China und Russland ausgenommen – das neoliberale Ordnungsmodell durchgesetzt werden. „Neoliberal“ heißt hier „Marktförderung, Privatisierung, Deregulierung, Eigentumsschutz und Entdemokratisierung“. Es geht bei diesem Freihandelsabkommen TTIP gar nicht so sehr um Zollabbau, der zwischen den USA und der EU um die 5% ohnehin sehr niedrig ist, auch das prognostizierte Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind inzwischen auf Größen geschrumpft, die niemand mehr begeistern können. Chlorhühnchen, Genfood und klappbare Autorückspiegel dienen eher der Ablenkung von dem zentralen Ziel dieses Abkommens: die atlantische Dominanz gegenüber den drohenden Machtverschiebungen in der Welt zu sichern.

Der SPD-Vorsitzende und Wirtschaftsminister *Gabriel* hat es in der FAZ am 23. Februar 2015 ganz einfach so ausgedrückt: „Wir reden zu viel über Chlorhühner und zu wenig über die geopolitische Bedeutung.“ Also reden wir über die geopolitischen Ziele von TTIP, die eine klare Konfrontationsstrategie und erneute Blockbildung signalisieren. Das klingt in den Worten des holländischen „Clingendael Institute“ noch relativ zurückhaltend:

⁸ Am 30. Oktober 1947 wurde in Genf das "Protokoll über die vorläufige Anwendung des GATT" von den 22 anwesenden Staaten unterzeichnet. Es ist die einzige Grundlage für seine juristische Verbindlichkeit, das Protokoll wurde nur von einem Staat ratifiziert. Die Bundesrepublik trat ihm 1951 bei.

⁹ WTO (2007), International Trade Statistics, www.wto.org. UNCTAD (2010).

„Der wichtigste Grund... TTIP anzustreben, ist geopolitischer Natur. Der Aufstieg Chinas (und anderer asiatischer Länder), kombiniert mit dem relativen Abstieg der USA und der wirtschaftlichen Malaise der Eurozone, sind ein Ansporn für den transatlantischen Westen, seine gemeinsame ökonomische und politische Macht zu nutzen, um neue globale Handelsregeln zu schreiben, die seine ökonomischen Prinzipien (regelbasierte Marktwirtschaft) und politischen Werte (liberale Demokratie) reflektieren. TTIP ist ein zentraler Bestandteil in dieser Strategie.“¹⁰

Deutlicher war da der ehemalige US-Finanzminister *Stuart S. Eizenstat*, der schon zwei Jahre zuvor schrieb:

„Es gibt im Wesentlichen zwei konkurrierende Steuerungsmodelle in der post-kommunistischen Welt. Eines ist das transatlantische Modell, basierend auf freien Völkern, freien Märkten und freiem Handel; das andere ist das autokratisch, staatlich kontrollierte oder dominierte Volkswirtschaften und regulierter Handel. TTIP ist eine Gelegenheit zu zeigen, dass unser Modell ... das Beste ist, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.“

Die Sprache atmet zwar noch den scharfen Hauch der Konfrontation des Kalten Krieges, ihr Anspruch geht aber nun weit darüber hinaus, wie ein Blick auf das „Trans-Pacific-Partnership“ –Abkommen (TPP) zeigt. TPP gilt als amerikanisch-asiatisches Gegenstück zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und ist bereits im Prozess der Ratifikation. Es dient vor allem der Sicherung der Vormachtstellung der USA im Pazifik. Ein Scheitern von TPP würde ein Wendepunkt der Rolle der Vereinigten Staaten in Asien bedeuten, wie der Asien-Experte *Robert Manning* vom US-Think Tank „Atlantic Council“ offen einräumt. Es bestehe die Gefahr, dass der Einfluss der US-Wirtschaft in Asien zurückgeht. Die vorzeigbaren Vorteile der strategischen Rolle der USA in Asien würden abnehmen und damit auch die öffentliche und politische Unterstützung für die vorherrschende US-Sicherheitspolitik. Das hat auch US-Verteidigungsminister *Carter* erkannt und 2015 deutlich formuliert:

Die „Verabschiedung von TPP (ist) genauso wichtig wie einige weitere Flugzeugträger ... Und es würde uns helfen, eine Weltordnung zu stärken, die sowohl unsere Interessen als auch unsere Wertordnung widerspiegelt.“

In dem Abkommen sind zwar Japan, Malaysia, Singapur und Vietnam vertreten, nicht aber die VR China: Ein Vertrag für den Krieg mit ökonomischen Mitteln. TPP würde eine Freihandelszone schaffen, die 40 Prozent des jährlich weltweit geschöpften BIP umfasst und China außen vor lässt.

Auch Russland ist von Anfang an vom TTIP ausgeschlossen, was in die Konfrontationsstrategie von EU und NATO passt. Die Begründung fällt einem NATO-Politiker wie dem ehemaligen Generalsekretär *Rasmussen* nicht schwer:

¹⁰ Van Ham, P., The Geopolitics of TTIP. In: Clingendael Policy Brief, No. 23, Oct. 2103, zit. nach Schumacher, T., Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP. IMI-Studie Nr. 05/2014.

„Russland hat die Regeln gebrochen. Es hat so die internationale Ordnung unterminiert, die die Grundlage unseres Friedens und Wohlstand ist.... Um diese Ordnung zu erhalten, müssen wir weiterhin zusammenstehen. Das heißt, wir müssen unsere wirtschaftlichen Bande verstärken. Und hier ist das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen eine Schlüsselfrage.“

Er denkt dabei bestimmt nicht nur an die erweiterten Möglichkeiten und Optionen des Rüstungsmarktes. Die Tatsache, dass hochrangige Militärpolitiker in die Freihandelsdebatte einsteigen, zeigt deutlich die militärstrategische Bedeutung derartiger Abkommen. Geopolitik hat historisch schon immer mit dem Zugriff auf fremde Ressourcen und Territorien zu tun, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln. Und das Echo kommt aus der zivilen Wissenschaft sofort. Der schon zitierte *Peter van Ham* vom „Clingendael Institute“ übertreibt in seiner Euphorie vielleicht etwas, zeigt mit seiner Hoffnung auf die Kraft von TTIP jedoch, dass wir mit unseren Befürchtungen über die Kriegs-Dynamik dieses Freihandelsprojektes nicht gar so falsch liegen:

„TTIP kann die NATO erneuern“, schreibt er. „Es bedarf einer neuen Hierarchie die deutlich macht, welche Länder wirklich wichtig sind und wirklich die Werte und Interessen des atlantischen Westens teilen. Das TTIP bietet der NATO eine klare Richtlinie an, um diese Entscheidung zu treffen. Bei TTIP geht es nicht nur um Freihandel, es führt Länder und Gesellschaften zusammen, die gegenseitiges Vertrauen in ihre jeweiligen Institutionen haben und die willens sind, ihren Lebensstil gegen konkurrierende Mächte zu verteidigen. Als (Hillary) Clinton sich auf eine ‚Wirtschafts-NATO‘ bezog, hat sie nicht übertrieben. Ohne die wirtschaftliche Einheitlichkeit ist auch strategische Einigkeit unmöglich.“

Wir haben vielleicht schon vergessen, dass der Auslöser des Ukraine-Konfliktes, der in einen Krieg ausartete, die Zurückweisung eines Assoziierungsabkommens mit der EU durch den damaligen Präsidenten *Janukowitsch* war. Dieses Abkommen hatte ordnungspolitisch die gleiche Struktur und Perspektive wie das Freihandelsabkommen, ja sein Kern war die Freiheit des Marktes und des Handels. Es hätte die Ukraine nicht nur an die „Werte und Interessen des Westens“ gebunden, sondern auch aus der Bindung an Russland gelöst und ihre alten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland gekappt. Wer einmal in diesem Vertragsnetz gefangen ist, dem wird es wie Griechenland ergehen, wenn er die Normen und Gebote des Vertrages nicht einhalten kann. Das Diktat der stärksten Staaten ist in dieser Art Freiheits-Verträge eingewoben. Wir können niemand in der EU oder NATO abnehmen, dass sie die Warnungen Moskaus vor solch einem Schritt nicht gehört oder als nicht ernst gemeint eingeschätzt haben. Dies war ein bewusst provokatives Spiel mit dem Feuer, das den Krieg mit einkalkulieren musste. Denn schon seit Jahren hatten die USA und NATO mit ihren Geldern, Geheimdiensten und Stiftungen den Sturz und die Auswechslung der Regierung mit der „orangenen Revolution“ und Julia Timoschenko vorbereitet. Nach einem ähnlichen Muster wird auch ein Freihandelsabkommen funktionieren, wenn es auf den Widerstand derer trifft, gegen die es bewusst gerichtet ist.

Wie eng Krieg und Ökonomie, vor allem in ihren Komponenten Handel, Rüstung und Ressourcen, miteinander verknüpft sind, macht auch ein Blick auf die deutsche Weißbuch-

Tradition der Bundeswehr deutlich. Das letzte Exemplar ist gerade am 13. Juli nach 10-jähriger Pause erschienen. Bereits 1991 jedoch hat der Generalinspekteur der Bundeswehr General *Klaus Naumann* schon ein Papier vorgelegt mit dem Titel „Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr“. In ihm hat er das deutsche „Sicherheitsinteresse“ mit der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“ umschrieben. Seitdem ist diese Definition des deutschen „Sicherheitsinteresses“ Standard in allen regierungsoffiziellen Äußerungen. So heißt es in Punkt 8 der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom November 1992:

„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung,“

für die die Bundesregierung die derzeitige Wirtschaftsordnung offensichtlich hält. Auch in den letzten beiden Weißbüchern „zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ der Bundesregierung von 1906 und 1916 fehlt nicht der Verweis auf die Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Handelsrouten, Energieressourcen und Rohstoffen, ohne dass dabei die Aufgaben der Bundeswehr zur Sicherung dieser Interessen genau beschrieben werden. Nach wie vor rätselvoll bleibt bei diesem deutlichen Bekenntnis der Bundesregierung zu den Verteidigungsaufgaben der Bundeswehr, dass der damalige Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 angeblich wegen eines Satzes zurücktreten musste, der dieses Bekenntnis nur noch einmal formulierte, dass nämlich:

„im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“

Umso unwahrscheinlicher bleibt dieser allgemein kolportierte Rücktrittsgrund, weil der kurzzeitige Verteidigungsminister *von und zu Gutenberg* nur wenig später dieselben Einsatzziele wiederholte, wofür er nie gerügt wurde und die bei seinem raschen Abschied auch keine Rolle spielten. Bis weit in die SPD besteht Einigkeit und Zustimmung zu diesem erweiterten Sicherheitsbegriff, der den Einsatz der Bundeswehr nicht nur auf die Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff beschränkt, wie es das Grundgesetz immer noch bestimmt, sondern schon bei einem diffusen Ensemble von Sicherheitsrisiken und „hybrider Bedrohungen“ vom internationalen Terrorismus über Cyberangriffe bis hin zur Blockade von Handelswegen rund um den Globus erlauben will.

Das ist z.B. der Tenor eines Strategiepapieres des Arbeitskreises Internationale Sicherheitspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Die deutsche Sicherheitspolitik braucht mehr Strategiefähigkeit“ vom Januar 2014. Wie in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesregierung von 1992 heißt es dort z.B.:

„Angesichts der Verwundbarkeit Deutschlands und der Tatsache, dass das Wohlergehen der deutschen Bürgerinnen und Bürger in einem erheblichen Maß von einem sicheren und freien Welthandel und dem Zugang zu Rohstoffen abhängt, greift

eine ausschließliche Konzentration auf moralische Kategorien zu kurz...Es geht darum, für Regierung und Parlament sowie für die Öffentlichkeit und Medien eine überzeugende Begründung für eine geplante Intervention zu generieren.“

Ob die Sozialdemokraten ihre Interventionsstrategie auch über die Grenzen von Grundgesetz und Völkerrecht treiben wollen, wie es einige Monate später im Juni 2014 auf der 15. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung unter der Überschrift „Auf dem Weg zu mehr Verantwortung“ formuliert wurde, lässt der Arbeitskreis der Stiftung offen. Auf der Jahrestagung der Böll-Stiftung empfahl ein Redner des „Democratization Policy Council“, auf jeden Fall eine kühnere Strategie:

„Die deutsche Politik muss akzeptieren, dass das bestehende internationale System, allen voran die Vereinten Nationen nicht den Herausforderungen der Weltunordnung des 21. Jahrhunderts entsprechen. Das bedeutet praktisch zu akzeptieren, dass ein Agieren außerhalb des bestehenden völkerrechtlichen Rahmens vonnöten sein kann, wenn die Stabilität der internationalen Ordnung gefährdet ist...“

Erinnern wir uns an den Überfall 1999 auf Ex-Jugoslawien unter der Koalitionsführung von Kanzler *Schröder* und Außenminister *Fischer*, ein grober Verstoß gegen das Völkerrecht, den Schröder auch kürzlich ganz entspannt eingeräumt hat. Die eventuelle Neuauflage einer solchen Koalition würde dem Völkerrecht bestimmt nicht mehr Geltung verschaffen.

Wenn also Rohstoffsicherung und die Freihaltung der Handelswege zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören, stellt sich natürlich die Frage, was ein Freihandelsabkommen wie das TTIP an dieser Konstellation ändert und vielleicht verschärft? Handel für sich ist schon definitorisch nicht kriegsträchtig. Vor dem Hintergrund einer anschwellenden Debatte über gestiegene Verantwortung in der Weltordnung, dem immer stärker werdenden Ruf nach deutscher Führung und der Forderung nach einem unkomplizierteren Umgang mit Interventionen, kommt es jedoch darauf an, wie der Rahmen, die Ordnung aussehen soll, in der sich der Handel bewegen kann. Mit TTIP, TTP und dem kanadisch-europäischen Abkommen CETA wird das bereits bestehende multilaterale Handelssystem der World Trade Organisation (WTO), der derzeit 162 Staaten angehören, parzelliert und in Machtblöcke aufgelöst, in denen auf jeden Fall die Dominanz der stärksten Ökonomien und ihrer transnationalen Konzerne gesichert wird. Sie treffen auf die Staaten, die sie bewusst von den Abkommen ausgeschlossen haben und die sich in der Gruppe der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) zusammengeschlossen haben, um dem internationalen System eine demokratischere und gerechtere Verfassung zu geben. In dieser Konfrontation geht es nicht mehr nur um Handel und Gütertausch, sondern um die Ausrichtung des gesamten internationalen Systems nach den neoliberalen Vorstellungen des Westens. Die Zeiten sind jedoch vorbei, wo das Projekt einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, welches die Gruppe der Nichtpaktgebundenen Länder im Rahmen der UNCTAD 1974 in der UN-Generalversammlung gegen den Widerstand der ehemaligen Kolonialmächte durchsetzen konnte, von diesen in der Folgezeit mit dem GATT einfach unterlaufen und beiseite geschoben wurde. Der Widerstand gegen diesen Monopolanspruch über die Weltordnung ist stärker geworden und TTIP fügt der derzeitigen politischen und militärischen Konfrontation ein weiteres destabilisierendes und gefährliches Element hinzu. Was die „Economic

Partnership Agreements“ (EPA) mit ihrer Freihandelszone zwischen der Europäischen Union und der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staatengruppe (ACP) nachweislich nicht erreicht haben, die tiefe Kluft zwischen den armen und den reichen Staaten zu schließen, wird mit dem TTIP auch nicht erreicht. Jüngste Studien gehen sogar davon aus, dass diese Kluft sich noch vertiefen wird. Dem Sicherheitsinteresse der Staaten wäre am meisten gedient, wenn diese Abkommen nicht in Kraft treten könnten.

Gabriels Strategie ist derzeit offensichtlich: begraben wir TTIP und winken CETA durch. Das ist ein trickreiches Manöver, mit dem er die immer lauter werdenden Kritiker in seiner Partei einfangen und seine Lämmer am 19. September zum CETA führen will. Denn CETA eröffnet den transnationalen Konzernen und dem internationalem Kapital über die kanadische Hintertür den Zutritt zum Freiheitsreich des TTIP. Ob es das undemokratische neue Investitionsgerichtssystem oder der geplante Regulierungsrat ist, der in die Gesetzgebungsarbeit der nationalen Parlamente eingreifen kann oder die Verletzung des Vorsorgeprinzips ist, sie werden bei CETA mit allem bedient. Gründe genug, auch CETA von Grund auf abzulehnen. Und wer sich dann noch die geopolitischen Folgen dieses Abkommens anschaut, der sollte am 17. September zu den Großen Demonstrationen gegen CETA in Hamburg oder Berlin gehen.

Norman Paech, 1. September 2016